

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Zur Lage

Die tragischen Ereignisse in Ungarn haben in Verbindung mit dem Umstand, daß zeitweise auch der Mittlere Osten in einen akuten Brand zu geraten drohte, in unserem Lande beträchtliche Auswirkungen hinterlassen. Was einmal die erste dieser Auswirkungen betrifft, so geschah sie auf dem wirtschaftlichen Sektor, indem gewisse lebensnotwendige Produkte, an deren zukünftiger Verfügbarkeit man einige Zweifel hegen konnte, wie Zucker, Speiseöl, Speisefett und Reis, nach dem Ausbruch der doppelseitigen Krise in ziemlich großen Mengen eingekauft wurden, so daß vorübergehend eine offensichtliche Verknappung entstand. Man hat in der Presse und in der öffentlichen Meinung die Träger dieser Vorratskäufe vielfältig und ausgiebig mit Kritik bedacht. Es ist natürlich unbestritten, daß in jenen Tagen der ersten Novemberhälfte in manchen Fällen unsinnige Einkäufe getätigt wurden. Anderseits scheint uns die Haltung der Bevölkerung in diesem Punkt ganz allgemein nicht gerade unbegreiflich. Der Bundesrat hat ja schon vor längerer Zeit und wiederholt der Bevölkerung nahegelegt, Vorräte an gewissen für den Lebensbedarf notwendigen Artikeln in der Größenordnung von ungefähr zwei Monaten anzulegen. Diese Anregungen ergingen zu Handen des Volkes in einer Zeit, da niemand an drohende Kriegsgefahr dachte, und man muß sich deshalb nicht wundern, wenn sie unter den damals gegebenen Umständen nicht auf fruchtbaren Boden fielen. Daß sich die Bevölkerung dieser Mahnung seitens des Bundesrates erinnerte, als die Lage einigermaßen kritisch wurde, kann ihr schlechterdings nicht zum Vorwurf gemacht werden. Jedenfalls erscheint es nicht sehr sinnvoll, das erklärende Verhalten eines großen Teiles der Bevölkerung nach dieser Richtung ändern zu wollen. Es wird dies, so glauben wir, nicht gelingen.

Inzwischen dürfte also die Vorratshaltung in weiten Kreisen der Bevölkerung gesichert sein, und es ist vorerst auch nicht zu befürchten, daß die Vorräte leichthin wieder abgebaut werden. Es läßt sich freilich nicht verschweigen, daß der zusätzliche Einkauf im allgemeinen nur Leuten möglich war, die über gewisse flüssige Mittel verfügen, und darin liegt zweifellos ein Umstand, der in sozialer Beziehung zu einem gewissen Mißbehagen Anlaß gibt. Es ist denn auch zu hoffen, daß die weniger bemittelte Bevölkerung sich allmählich die erforderlichen Vorräte ebenfalls beschafft, dies um so mehr, als zu erwarten steht, daß die Preise gerade in diesen lebenswichtigen Produkten steigen werden. Dieser Umstand ist nicht nur der zunehmenden Nachfrage in bezug auf die in Frage stehenden Rohstoffe zurückzuführen, sondern auch auf eine starke Verteuerung der Schiffsfrachten und eine gewisse Erhöhung der Versicherungsprämien. In einer Mitteilung der «Gewerkschaftskorrespondenz» wird denn auch der Bundesrat ermahnt, dem aus den erwähnten Umständen vorauszusehenden wesentlichen Anstieg der Teuerung eine Schranke zu setzen, und er wird aufgefordert, die entsprechenden Zölle zu redu-

zieren und gewisse Zuschläge für die Pflichtlagerhaltung und für andere Zwecke aufzuheben. Es ist anzunehmen, daß die eidgenössischen Behörden in dieser Richtung alles vorkehren werden, was möglich und mit Rücksicht auf die Position des Handels und die eigenen Produktionsbedingungen vertretbar ist. Dagegen sollte unseres Erachtens davon abgesehen werden, die staatlichen Eingriffe, insbesondere in bezug auf die Preiskontrolle, allzusehr zu aktivieren. Man begreift, daß solche Maßnahmen, weil sie in das Gebiet des Dirigismus gehören, von sozialdemokratischer Seite bereits intensiv gefordert werden. Von anderer Seite ist sofort und mit Recht eingewendet worden, daß wir Versuche nach dieser Richtung von vornherein bekämpfen sollten, und zwar aus der in der Erfahrung geschärf-ten Überlegung, wie schwer es ist, Eingriffe in die Wirtschaft wieder abzubauen, auch dann, wenn die Ursachen, die zu diesen Eingriffen geführt haben, längst wieder beseitigt sind. Ebenfalls mit vollem Recht hat man ferner darauf hingewiesen, es wäre kein gutes Zeichen für unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung, wenn diese gewissermaßen nur bei schönem Wetter Bestand haben sollte, aber sofort durch dirigistische Maßnahmen ersetzt würde, sobald am Horizont einige Wolken auftauchen. Tatsächlich ist es so, daß wir gegenüber der totalitären Macht heute nicht nur unsere politische, sondern auch unsere wirtschaftliche Ordnung zu verteidigen haben. In diesem Zusammenhang wird auch, und wie uns scheint sehr begründet, davor gewarnt, eine Bewirtschaftung von Mangelwaren vorzunehmen. Eine solche Bewirtschaftung erfordert, wie man weiß, einen bedeutenden administrativen Apparat, und es ist bekannt, daß solche Apparate, wenn sie einmal geschaffen sind, ebenfalls nicht mehr so leicht abgebaut werden können. Es scheint deshalb auch auf dem Sektor der Benzinversorgung der richtige Schritt getan worden zu sein, als man auf die Rationierung verzichtete und dafür das Sonntagsfahrverbot verfügte. Für die Zukunft wurde, solange dies erforderlich ist, nicht eine direkte Rationierung des Treibstoffs für den einzelnen Bezieher verfügt, sondern die Kontingentierung beim Händler, eine Maßnahme, die zweifellos weniger administrative Vorkehren erfordert und somit vorzuziehen ist. In Westdeutschland, wo die Verhältnisse freilich erheblich leichter liegen als bei uns, weil die Treibstoffversorgung bis zu 30% aus eigener Produktion gedeckt werden kann, will man auf staatliche Eingriffe überhaupt verzichten, was zweifellos vom liberalen Gesichtspunkt aus der richtige Weg sein dürfte. Man hat sich dort allem Anschein nach dazu entschlossen, die Rationierung auf natürlichem Wege vorzunehmen, nämlich durch das Steigen der Preise der betreffenden Treibstoffe. Diese Maßnahme, die grundsätzlich richtig ist, hat indessen auch ihre Mängel. Der eine davon liegt in dem Umstand, daß auf der Seite der Importeure und beim Handel leicht übersetzte Gewinne entstehen. Ein weiterer Mangel scheint uns freilich auch darin zu liegen, daß diese Art der Rationierung durch die freie Erhöhung der Preise vom sozialen Gesichtspunkt aus gewisse Bedenken erweckt. Wenn wir den Liberalismus verteidigen, so wollen wir doch nicht vergessen, daß zur Verteidigung dieses Grundsatzes nach dem heutigen Stande der Entwicklung auch die Anerkennung des Grundsatzes der Solidarität gehört.

Die schwerwiegenden Ereignisse in Ungarn sind aber bei uns nicht nur und nicht einmal in erster Linie auf dem wirtschaftlichen Sektor wirksam geworden. Auf politischem Boden sind bedeutsame Auswirkungen festzustellen, die man ihrerseits im allgemeinen als erfreulich bezeichnen kann. In einem vielbeachteten Vortrag hat Professor Werner Kägi die grundsätzlichen und die politischen Gesichtspunkte treffend hervorgehoben. Mit Recht hat er darauf hingewiesen, daß die Ereignisse in Ungarn natürlich nicht der erste Schlag der Unmenschlichkeit von seiten eines totalitären Regimes gewesen sind. Er erinnerte an einen Begriff wie Sibirien, an Bereiche wie das Baltikum,

an die Zerstörung Warschaus, aber auch an Buchenwalde und Auschwitz, und man könnte dazu getrost auch den Überfall auf Abessinien im Jahre 1935 rechnen. Diese und ähnliche Überlegungen wird sich wohl der eine oder andere gemacht haben während der eindrucksvollen drei Schweigeminuten, welche die zwölfte Stunde des 20. November in unserem Lande kennzeichneten. Erfreulich erscheint uns, daß die Ereignisse in Ungarn und die Bedrohung für die ganze freie Welt, welche aus diesen Ereignissen zu entnehmen ist, in unserem Lande eine klare Besinnung auf die Forderungen auf dem grundsätzlichen und auf dem politischen Felde gebracht haben. Insbesondere ist nunmehr, nachdem auch bei uns die Koexistenzpropaganda einige Früchte getragen hat, die Periode beendet, wo man sich die systematische Begriffsverwirrung oder vielmehr Begriffsverkehrung gefallen ließ, die der Kommunismus um die Formulierungen wie «Freiheit», «Recht» und «Demokratie» einführte. Auch bei uns hat man nun die Unmenschlichkeit des kommunistischen Systems und die akute Bedrohung durch den Totalitarismus klar erkannt. Aus dieser Erkenntnis hat Professor Kägi in seinem Vortrag die Folgerungen gezogen, daß unsere geistige, wirtschaftliche und militärische Landesverteidigung zu verstärken sei. Das drängt sich als erste Konsequenz der erlebten Ereignisse auf. Erfreulich erscheint, daß er in diesem Zusammenhang mit besonderer Betonung von der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit gesprochen hat, allerdings mit dem klaren Hinweis, daß es notwendig sei, die Schranken der staatlichen Sozialpolitik klar zu erkennen. Die weiteren Folgerungen auf dem politischen Boden ergeben sich aus einer entschlossenen Selbstbesinnung auf unseren staatlichen Aufbau und seine Institutionen. Dazu gehört die volle Ausnutzung der Einrichtungen der direkten Demokratie, welche das Volk mit der klaren Verantwortung für sein eigenes Schicksal in unmittelbare Beziehung bringen. Daß die föderalistische Ordnung als Grundlage unserer freiheitlichen Einrichtungen besonders in den Vordergrund gestellt wird, erscheint in diesem Zusammenhang selbstverständlich.

Die neue Entwicklung der außenpolitischen Lage berührt unsere Beziehungen zur Umwelt in stärkstem Maße, was sich aus den Umständen ergibt. In verschiedenen öffentlichen Äußerungen ist auf die neue Lage, die nun entstanden ist, hingewiesen worden. Unter dem Eindruck der Ereignisse in Ungarn wurde von verschiedenen Seiten der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion verlangt. Heute läßt sich feststellen, daß die Mehrheit unseres Volkes offensichtlich nicht bereit ist, soweit zu gehen. Dagegen hat sich ganz allgemein der Entschluß durchgesetzt, die wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Beziehungen zu diesem Lande abzubrechen.

Damit ist aber nur ein Sektor der außenpolitischen Problematik gekennzeichnet, wie sie sich heute ergibt. Prof. Kägi hat in seinem Vortrag mit Recht eine deutliche Distanzierung gegenüber den Vereinigten Nationen vorgenommen. Tatsächlich können wir uns denn auch dazu beglückwünschen, daß wir uns von dieser Organisation ferngehalten haben, mit Ausnahme jener Bereiche, welche das soziale oder das humanitäre Gebiet berühren. Die Vereinigten Nationen haben sich bisher zweifellos als unfähig erwiesen, ihrer Aufgabe in dem großen Konflikt im Osten nachzukommen. Daß sie dafür im Konflikt um den Mittleren Osten um so schärfer eingegriffen haben, macht das Versäumnis nicht leichter. Prof. Kägi hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sich die Vereinigten Nationen heute nicht mehr verteidigen ließen. «Sie werden meines Erachtens mehr und mehr zu einer großen Gefahr für die freie Welt.» Trotz allem kann man sich fragen, ob dieser weitgehenden Beurteilung beizupflichten ist. Bei allen Mängeln, die ihr anhaften, scheint es uns eher, als müsse der Organisation vorerst Zeit gelassen werden, ihren Druck auch im Sektor der östlichen Konflikte einzusetzen. Dies beansprucht bedeutend

mehr Überlegung und Kraft als auf dem Felde des Mittleren Ostens. Jedenfalls läßt sich der Standpunkt wohl vertreten, daß die Welt in der heutigen Lage um die Existenz der Vereinigten Nationen endlich noch froh sein muß, weil sie in dieser Institution ein Forum besitzt, das jederzeit zur Verfügung steht, um das Mittel der Aussprache und der direkten Beziehung im Interesse einer möglichst friedlichen Regelung der Konflikte einzusetzen. Sicher würde eine Ausschaltung der Vereinigten Nationen die Aussichten für eine mögliche Bereinigung der schwebenden Probleme bedeutend erschweren.

Der Umstand, daß unser Land sich von den Vereinigten Nationen bisher ferngehalten hat, ist bekanntlich darauf zurückzuführen, daß die Sicherstellung unserer traditionellen Neutralität im Rahmen dieser Organisation nicht zu erreichen war. Daß der Grundsatz der Neutralität unseres Landes unter dem Eindruck der Ereignisse der letzten Wochen in zahlreichen öffentlichen Äußerungen eine steigende Beachtung gefunden hat, ist erklärlich — daß diese Beachtung im wesentlichen in positivem Sinne erfolgt, erscheint durchaus erfreulich. So hat auch Prof. Kägi ohne Vorbehalt der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Neutralität für die Schweiz auch in der neuen internationalen Situation weiterhin Maxime der Staatspolitik bleiben müsse. Der Stand der außenpolitischen Lage erfordert, die Neutralität durch eine gesteigerte Wehrkraft zu sichern. Anderseits ist es gewiß verständlich, daß in gewissen Kreisen die Berechtigung der Neutralität unter den gegenwärtigen Umständen, also gegenüber dem Unrecht aus dem Osten, angezweifelt wird. Demgegenüber hat in einer jüngsten öffentlichen Äußerung Prof. Hans Huber (Bern) mit Recht daran erinnert, daß die Neutralität eine Maxime des Staates ist und die Gesinnung des Bürgers nicht berührt. Demzufolge kennen wir auch keine Gesinnungsneutralität. Wir erkennen, daß wir untrennbar zum Abendland gehören. Der einzelne kann also gegenüber dem Unrecht, das so stark sichtbar wird, seine Stimme erheben. Daß wir aber die Neutralität als Staatsmaxime gerade in der jetzigen krisenhaften Lage behalten müssen und sie auf keinen Fall selbst gefährden dürfen, das sollte sich wohl zur Genüge aus der Erkenntnis ergeben, daß eben dieses Abendland, also der Westen, in sich selbst in weitgehendem Maße gespalten ist, daß er, wie sich eben erst erwiesen hat und täglich neu erweist, nicht mehr als eine durchaus brüchige Koalition großer und kleiner Mächte darstellt. Diese Tatsache mag man bedauerlich finden, aber sie läßt sich nicht bestreiten. Mit Klarheit hat Prof. Hans Huber darauf hingewiesen, von einem Fallenlassen unserer Neutralitätspolitik könne schon deshalb nicht die Rede sein, weil sich heute gar keine klare Politik aufzeige, die an ihre Stelle treten könnte. Die einzige vertretbare Alternative wäre die Herausbildung einer europäischen Föderation. Wir alle wissen, wie weit unser Kontinent von diesem Ziel entfernt ist. Westeuropa ist nach wie vor in sich selbst gespalten; der Gedanke an eine europäische Föderation erweist sich bis heute als Wunschgebilde. Dazu kommt, daß die außenpolitische Position der Vereinigten Staaten im Augenblick offensichtlich nicht nur in einer theoretischen Überprüfung, sondern in einer praktischen Wandlung begriffen ist, in welcher gewisse neutralistische Züge, die mit der Annäherung der amerikanischen Politik an den arabisch-asiatischen Block zusammenhängen, nicht übersehen werden können. Daß unter solchen Umständen unser Volk bereit wäre, die jahrhundertealte Neutralität als Staatsmaxime aufzugeben, erscheint undenkbar.

Militärische Umschau

Tagesfragen

«Die Ereignisse in Ungarn haben in unserem Lande den Schlußstrich unter eine Periode saumseliger oder gar übelwollender Behandlung der Anliegen der Armee gezogen¹⁾.» Sie zeigen mit brutaler Deutlichkeit, daß die kleinen Völker auf jeden Fall nur auf ihre eigene Kraft zählen können, wie Bundesrat *Lepori* am konservativen Parteitag in Freiburg ausführte:

«Fast ohne Waffen, ohne die feste Unterstützung durch eine Truppe, kann ein kleines Volk sich dem Angreifer widersetzen. Welch gewaltige Macht ist erst eine kampfgewohnte Armee mit voller Ausrüstung und dem Willen zur Unabhängigkeit, wenn es darum geht, den heroischen Kampf der Bürger zu unterstützen²⁾.»

Aufs Eis gelegt

Der Rückzug der beiden «Oltener Initiativen» bildete die erste Auswirkung der Ereignisse in Ungarn. Diese Initiativen hatten die dilettantische «Taubenei»-Initiative von Samuel Chevallier in legalen Formen aufgewärmt und waren Mitte Oktober mit rund 85 000 und 68 000 Unterschriften der Bundeskanzlei eingereicht worden. Die Begleitumstände des Rückzuges sind weniger erfreulich als die Tatsache an sich. Nach einem offenen Brief von Hochschulstudenten und Kantonsschülern aus St. Gallen³⁾ zog Samuel Chevallier, der geistige Vater und Urheber dieser Initiativen, die Konsequenzen aus dem unmißverständlichen weltpolitischen Anschauungsunterricht und distanzierte sich persönlich von ihnen⁴⁾. Am 18. November erklärte hierauf auch das vorwiegend aus religiös-sozialen Antimilitaristen des Ragaz-Kreises bestehende Initiativkomitee, in Abwesenheit von Chevallier, den Rückzug der beiden Initiativen⁵⁾. Aus der langen Erklärung des Komitees ist ersichtlich, daß der Beschuß nicht etwa auf bessere Einsicht zurückzuführen, sondern ausschließlich durch die psychologische Situation bedingt ist. «Aus Angst vor einer ‚wuchtigen Verwerfung‘, die das ‚Volksrecht‘⁶⁾ den beiden Initiativen voraussagte, und nicht etwa aus innerer Überzeugung ist das Initiativkind von seinen Vätern im Stiche gelassen worden⁷⁾.» Der religiös-soziale Antimilitarismus bleibt nach wie vor seinem Ideal der Gewaltlosigkeit treu. Die Armeefeindlichkeit dieser Kreise ist nicht etwa überwunden, sondern vorläufig nur «aufs Eis gelegt»⁸⁾. Wenn die Erinnerung an Ungarn verblaßt und die öffentliche Meinung sich wiederum durch eine lächelnde Koexistenz beirren läßt, wird sich auch der armeefeindliche Geist dieser Initianten aufs neue regen und neue Aktionen unternehmen.

Der Entscheid des Oltener Komitees ist überdies nicht einstimmig zustande gekommen, sondern nur durch Mehrheitsbeschuß. Schon vor der entscheidenden Sitzung äußerten sich Pfarrer Willi Kobe aus Zürich-Oerlikon, Präsident des Ausschusses, und Jules Humbert-Droz, der Generalsekretär der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei, gegen einen Rückzug⁹⁾. Am 24. November erklärte die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei, Humbert-Droz habe sich in Olten persönlich und entschieden für den Rückzug eingesetzt¹⁰⁾. Aus zuverlässigen Quellen erfahren wir aber, daß neben Pfarrer Kobe und Pfarrer Béguin in La Chaux-de-Fonds auch Jules Humbert-Droz gegen den Rückzug der Initiativen gestimmt haben soll. Es erscheint unter diesen Umständen unvermeidlich, daß sich die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz eindeutig von ihrem antimilitaristischen Generalsekretär distanziert, wenn sie ernsthaft Anspruch darauf erhebt, in ihrem Bekenntnis zur Landesverteidigung ernst genommen zu werden.

Aber auch für verschiedene Kirchenbehörden wird eine eindeutige Klärung und Stellungnahme unvermeidlich werden.

«Die Haltung der Theologen, die nur ein winziges Grüppchen geistig Gleichgeschalteter verkörpern, wird für die Angehörigen der evangelischen Landeskirche zu einem brennenden Problem, dem nicht mehr länger tatenlos zugeschaut werden kann. Die Unterminierung der Freiheit, Unabhängigkeit, Landessicherheit von der Kanzel darf nicht länger geduldet werden, sonst wird die Landeskirche eine Landesgefahr. In Zehntausenden pflichtbewußten, einsichtigen Staatsbürgern löst die Agitation zahlreicher Pfarrherren einen schweren innern Konflikt aus, welcher das Verbleiben im Schoße der angestammten Kirche in Frage stellt¹¹).»

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß in der 180 Mitglieder zählenden Kirchensynode des Kantons Zürich vom 4. 9. 1956 die aktuelle Interpellation des Pfarrer *Kurt G. Keller* betr. Chevallier-Initiative II nicht zur Behandlung kommen konnte, weil sie, statt von Minimum 20, nur von 12 weiteren Mitgliedern unterstützt wurde (vgl. Protokoll der Kirchensynode des Kantons Zürich S. 49/50). Unseres Wissens hat damals keine einzige Zeitung diese bedenkliche Gleichgültigkeit kritisiert.

Das Gebot der Stunde

Aus den tragischen Ereignissen in Ungarn muß man zunächst die von Bundesrat Lepori formulierte und eingangs erwähnte Lehre ziehen, daß wir nur auf unsere eigene Kraft zählen können. Der Wehrwille unseres Volkes hat daher in den letzten Wochen einen starken Auftrieb erfahren und bald zu konkreten Vorschlägen für die Verstärkung unserer Landesverteidigung geführt. Die grundsätzliche Seite dieser Vorschläge hat der *Zentralvorstand der Schweizerischen Offiziersgesellschaft* am 18. November zutreffend umschrieben:

«Alle Ereignisse beweisen, daß nur eine Truppe unserem Volk Garant seiner Unabhängigkeit und Freiheit sein kann, die über eine einer modernen Armee entsprechende Bewaffnung und Ausrüstung verfügt und auf ihren Einsatz hin wohlvorbereitet ist. Die drohende Gefahr der Ausweitung von internationalen Konflikten auferlegt uns daher, unserer Armee jene Kampfmittel zu geben, deren sie heute dringend bedarf, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. — Die große Gunst, die dem Schweizervolk in den zwei Weltkriegen vergönnt war, und die günstige Wirtschaftslage der heutigen Zeit verpflichten uns, keine materiellen Opfer zu scheuen, um die Kriegstauglichkeit unserer Armee zu erhöhen und auch abzusehen von irgendwelcher Reduktion der bereits allzu knappen Ausbildungszeiten von Kader und Mannschaften. Eine starke, gut ausgerüstete, bewaffnete und ausgebildete Armee ist für unser Land unentbehrlich, wenn es weiterhin hoffen will, in Frieden und Freiheit zu leben¹²).»

Der Zentralvorstand verlangt sodann an konkreten Maßnahmen eine Erhöhung der Zahl der Panzer, die Ausstattung der Infanterie mit gepanzerten Transportmitteln und die Verstärkung unserer Luftwaffe. Mit dieser Forderung hat er die Panzergegner wieder in die Arena gerufen, und der Streit um die Konzeption unserer Landesverteidigung zwischen Befürwortern einer beweglichen und Verfechtern einer stabilen Verteidigung ist neu entflammt. Gegen die Resolution der Offiziersgesellschaft wandte sich besonders heftig die Basler «National Zeitung», in welcher *Centurio* — nach zuverlässigen Angaben vermutlich das Pseudonym eines hohen Offiziers — dem Zentralvorstand die Belehrung, auf diese Weise im Namen der Offiziere unserer Armee zu sprechen, abstritt, und ihm vorwarf, in Ausnützung einer günstigen Stimmung, Forderungen durchbringen zu wollen, in die er sein Prestige investiert habe¹³). Der publizistische Erfolg dieses Angriffs veranlaßte *Centurio* in seinem Artikel «Aufbruch des Volkes» («National Zei-

tung» 2. 12., Nr. 560) zu demagogischen Auslassungen. In der Sache selbst behaupten Centurio und verschiedene Mitläufer in anderen Zeitungen, auf Grund der Kämpfe in Ungarn die Überlegenheit der Panzerabwehr und die Ohnmacht der Panzer. Ihre Wünsche und Forderungen hinsichtlich Ausbildung und Ausrüstung enthalten zum Teil gute Gedanken und Anregungen, sind aber teilweise sehr überspitzt und extrem. Erfreulich ist das starke Interesse an den militärischen Fragen und die Tendenz, aus den ungarischen Ereignissen praktische Lehren zu ziehen. Richtig ist, daß der Kampf unter besonderen Verhältnissen, im Wald, in Häusern, in Ortschaften und unter schwierigen Verhältnissen, in unserer Ausbildung zu wenig berücksichtigt wird und ein entsprechender Ausbau des Grenadierwaffenplatzes Losone notwendig ist. Berechtigt ist auch die Forderung nach dem Sturmgewehr und nach weiterer Verstärkung der Panzerabwehr durch ein rückstoßfreies Geschütz. Es handelt sich dabei um alte Postulate, die schon längst verwirklicht sein könnten, wenn die kriegstechnischen Organe des EMD eine schnellere Gangart einschlagen würden. Aber die Forderungen geraten auf ein falsches Geleise, wenn sie die Verstärkung der Panzerabwehr auf die Mittel für kurze Entfernungen bis 500 m beschränken und die Beschaffung weiterer Panzer für die Panzerbekämpfung bis auf 1500 m ablehnen. Für andere wirkt der Molotov-Cocktail wie ein Wunderrezept. Berner Studenten haben ihn nicht nur in der Öffentlichkeit vordemonstriert, sondern 5000 «Zünder» auf eigene Rechnung für diese «Cocktails» hergestellt und an die höheren Schulen im Lande gratis verteilt. Mit Recht schreibt der sozialdemokratische Bundeshauspressedienst: «Wenn auch in unserem Lande schwere Tanks einbrechen sollten, dann sollen uns die besten Abwehrmittel und nicht nur die primitive Waffe gefüllter Benzinflaschen zur Verfügung stehen¹⁴).» Auch der Vorschlag, dem Schweizer Soldaten Panzerwurfgranaten nach Hause mitzugeben¹⁵) und durch die Unteroffiziersvereine jedem Wehrmann außerdienstlich Unterricht im Gebrauch der Panzerabwehrwaffen erteilen zu lassen, erscheint so einseitig übertrieben wie die Anregung eines Kleinkrieg-WK im Jahre 1957¹⁶), in dem nichts als Häuser- und Nahkampf geübt werden soll¹⁷). Die meisten dieser extremen Forderungen und Vorschläge — auch das von einer Gruppe von Bürgern eingereichte «Sofortprogramm zur Verstärkung unserer Abwehrbereitschaft» (vgl. «National Zeitung» 2. 12., Nr. 560) — beruhen auf falschen und übereilten Lehren, die man aus den Kämpfen in Budapest ziehen will.

«In Budapest fand kein Krieg zwischen zwei Armeen, sondern ein Zusammenprall zwischen einer Armee und einer kaum organisierten aufständischen Bevölkerung statt. Der ungarische Freiheitskampf wurde nicht aus höherer militärischer Einsicht, sondern unter dem Gebot der Not mit primitiven Mitteln geführt, und er endete mit einer Niederlage. Es wäre unrichtig und verhängnisvoll, die zeitlich letzte Phase des Widerstandskampfes eines Volkes, der am Schluß die Formen des Generalstreiks, der passiven Resistenz und des sporadischen Partisanenkrieges annimmt, als Muster der schweizerischen Landesverteidigung hinzustellen. Unsere Abwehr beginnt mit dem Kampf der organisierten und gut gerüsteten Armee und nicht mit dem verzweifelten Werfen von Benzinflaschen auf Panzer. Der erbitterte und zu den letzten Mitteln greifende Volkswiderstand unterstützt und ermutigt die Aktion des Heeres, aber er kann diese nicht ersetzen¹⁸).»

Auch Oberstdivisionär Züblin warnt in einem ausgezeichnet fundierten Leitartikel vor falschen Schlüssen und betont:

«Es wäre sicher falsch, zu glauben, unsere Landesverteidigung könne auf der Grundlage von Handfeuerwaffen und Panzer-Nahbekämpfungsgeräten aufgebaut werden. Der Zweck einer Rüstung besteht nicht darin, trotz allem Opfermut und bei hohen eigenen Verlusten nach einigen wenigen Tagen geschlagen zu sein, sondern darin, den Feind zu vertreiben, ihn nach Möglichkeit zu vernichten und, um dies zu erreichen, selbst geringstmögliche Verluste zu erleiden. Ein militärischer Mißerfolg, auch dann, wenn die menschliche Größe der Kämpfenden uns begeistert, kann nicht eine Ausgangsbasis für ein vernünftiges Planen in Fragen unserer militärischen Landesver-

teidigung bilden, im Gegenteil. Die kämpfenden Ungarn wären um Panzer, Flieger und Artillerie froh gewesen¹⁹⁾.)»

In seiner Verlautbarung vom 7. 12. warnt der Zentralvorstand der SOG mit Recht davor, «unter dem Eindruck des unmittelbaren Geschehens den Blick ausschließlich auf einen heute vorliegenden Spezialfall der militärischen Kriegsführung zu richten und die Gesamtzusammenhänge aus den Augen zu verlieren.»

Die oberste Landesbehörde ist der Guerilla-Psychose nicht erlegen und hat aus dem Geschehen in Ungarn und aus der weltpolitischen Situation die nötigen Konsequenzen gezogen. Durch dringlichen Bundesbeschuß vom 7. 12. 1956 ließ sich der Bundesrat ermächtigen, zur Durchführung von Hilfsaktionen und von vorbereitenden Maßnahmen der Landesverteidigung Truppen und Stäbe zu außerordentlichen und zusätzlichen Instruktionsdiensten aufzubieten und sie solange im Dienst zu belassen, als die Umstände dies erfordern. Es geht dabei vor allem darum, Anlagen verschiedener Art in eine erhöhte Bereitschaft zu versetzen, ihre Überwachung zu verstärken oder eine ständige Bewachung einzelner Objekte anzurufen²⁰⁾). Der dringliche Bundesbeschuß ist also eine Art Vollmachtenbeschuß, der dem Bundesrat, in bezug auf Truppeneinheiten bis Ende 1957, Befugnisse erteilt, die den Rahmen der gesetzlich festgelegten Instruktionsdienste weit überschreiten können und die nach ihrem Zweck mehr den Charakter des Aktivdienstes tragen, rechtlich und formell aber noch als Instruktionsdienst gelten sollen.

Mit einer zweiten Botschaft vom 7. 12. unterbreitet der Bundesrat den eidgenössischen Räten sein Sofortprogramm für die weitere Beschaffung von Kriegsmaterial²¹⁾. Der verlangte Gesamtkredit von 259 Millionen verteilt sich im einzelnen auf Sturmgewehre (36 Mio), Panzer und Panzerabwehr (105 Mio), Flugmaterial (100 Mio), Flabmaterial (3 Mio), Luftschutzmaterial (5 Mio) und Sanitätsmaterial (10 Mio). Die Vorlage liegt in der Linie bisheriger Beschaffungspläne und will sowohl die Feuerkraft des Einzelkämpfers aus der Gruppe als auch die Feuerkraft und Beweglichkeit der größeren Verbände zweckmäßig erhöhen. Sie ist geeignet, die Lücken auf dem Gebiet der Panzerbeschaffung zu schließen, «wo bis heute nicht einmal das von den eidgenössischen Räten vor fünfthalb Jahren genehmigte Programm erfüllt worden ist²²⁾». Die neue Rüstungsvorlage enttäuscht die Panzergegner sehr und verleitet sie bereits zu heftigsten Angriffen gegen das Militärdepartement und gewisse «orthodoxe» Armeekreise. Redaktor Dr. P. Bieler in Bern versteigt sich zu folgenden Auslassungen: «Die soeben veröffentlichte neue Militärvorlage—drängt das Volk geradezu dahin, eine neue Aktion, ähnlich der beerdigten Chevallier-Initiative, zu starten, und nur mit tiefer Besorgnis kann man daran denken, wohin eine solche Zerrüttung des wahrhaft nötigen Vertrauensverhältnisses von oben her einmal führen müßte, wenn es wirklich auf das letzte ankommt²³⁾.»

Der Vollmachtenbeschuß für Truppeneinheiten und das neue Rüstungsprogramm beweisen, daß die oberste Landesbehörde das Gebot der Stunde erkannt hat und sich

¹⁾ NZZ, 19. 11. 56; ²⁾ Neue Zürcher Nachrichten, 19. 11. 56; ³⁾ Ostschweiz, 10. 11. 56; ⁴⁾ Tages-Anzeiger, 13. 11. 56; La Suisse, 14. 11. 56; ⁵⁾ National Zeitung, 19. 11. 56 (Dr. Arnold Künzli); ⁶⁾ Volksrecht, 16. 11. 56 (Fritz Escher, Sekretär SPS); ⁷⁾ NZZ, 19. 11. 56; ⁸⁾ NZZ, 30. 11. 56 (Dr. Hans A. Schläfli); ⁹⁾ La Suisse, 14. 11. 56; Appenzeller Zeitung, 14. 11. 56; ferner speziell National Zeitung, Morgenausgabe 14. 11., die ein Interview Humbert-Droz' wiedergibt; ¹⁰⁾ NZZ, 26. 11. 56; ¹¹⁾ Appenzeller Zeitung, 14. 11. 56; ¹²⁾ Berner Tagblatt, 19. 11. 56; ¹³⁾ National Zeitung, 23. 11. 56, Nr. 546; ¹⁴⁾ Berner Tagwacht, 17. 11. 56; ¹⁵⁾ Berner Tagblatt, 19. 11. 56; ¹⁶⁾ Basler Nachrichten, 30. 11. 56 (Gustav Kyburz); ¹⁷⁾ Schweiz. Beamtenzeitung, Bern, 23. 11. 56 (Fritz Störi); ¹⁸⁾ NZZ, 3. 12. 56; ¹⁹⁾ NZZ, 7. 12. 56, Abendausgabe; ²⁰⁾ Botschaft 7290 vom 30. 11. 56; ²¹⁾ Botschaft 7295 vom 7. 12. 56; ²²⁾ NZZ 3. 12. 56; ²³⁾ Berner Tagblatt, 9. 12. 56.

keinerlei Hoffnungen auf Koexistenz mehr hingibt. In einem Zeitpunkt, in dem der Bundesrat die Befugnis zu außerordentlichen Truppenaufgeboten hat, sollte er darauf verzichten, in gewissen Fällen die gesetzlich verlangten Dienstleistungen herabzusetzen. Die Bundesratsbeschlüsse vom 7. August und 6. November 1956 über die Ausbildung zum Unteroffizier und zum Offizier sollten daher revidiert und die den Offiziers- und Feldweibelanwärtern gewährten Diensterleichterungen von 3 und 4 Wochen während der Rekrutenschule als Korporal aufgehoben werden. In einem Augenblick, in dem der Bundesrat die Beschaffung weiterer Panzer beantragt, muß er endlich auch dafür sorgen, daß unsere Panzerschulen und Panzerformationen einen geeigneten Waffenplatz und geeignete Schieß- und Übungsplätze erhalten. Hier ist rasches Handeln nötig, damit die Ausbildung unserer Panzerformationen mit der materiellen Rüstung Schritt hält.

10. Dezember 1956

Miles

Bericht aus London

Siegreiche Niederlage

«Edens Krieg», wie die Opposition die bewaffnete, britisch-französische Intervention im israelisch-ägyptischen Krieg nennt, ist mißlungen. Was der siegreiche, blitzartige Feldzug der Israeli vielleicht hätte erreichen können, den militärischen Zusammenbruch der ägyptischen Diktatur, ist durch die gewiß hervorragende militärische Leistung der britischen und französischen Fallschirmjäger in Port-Said und Port-Fuad vereitelt worden. Die von beiden Mächten verlangte Freiheit der Schiffahrt durch den Kanal ist durch dessen völlige Blockierung illusorisch geworden. Die Sprengung der Röhrenleitung der Irak Petroleum Company in Syrien hat die britischen Ölquellen im Mittleren Osten völlig vom Mittelmeer isoliert. Das saudi-arabische Embargo hat die letzte Möglichkeit einer Umgehung dieser Sperre verhindert. Es blieb den Engländern bloß die Hoffnung auf amerikanisches Erdöl und auf die Hilfe der großen amerikanischen Tanker, bei der notwendig gewordenen Umschiffung Afrikas. Doch Washington machte diese Hilfe abhängig vom Rückzuge der Engländer und Franzosen aus Port-Said. Dieser amerikanische Druck — nicht die hier nicht allzu ernst genommenen russischen Drohungen — zwang die Regierung Eden, sich den wiederholten Beschlüssen der Generalversammlung der Vereinigten Nationen zu fügen. Der Schmerz über diese politische Niederlage nach einem so vielversprechenden militärischen Erfolg wird nun durch den Hohn der Labour-Partei noch verbittert. Zum ersten Male hat sich das alte englische Schlagwort «right or wrong — my country» nicht bewährt. Die parlamentarische Opposition bekämpfte die Regierung so rücksichtslos, als wollte sie mit Englands Feinden wetteifern.

Leider ließen sich viele Konservative in ihrer verständlichen Enttäuschung zu anti-amerikanischen Äußerungen hinreißen, die bald den Charakter einer Entrüstungspaganda annahmen. Sie wollten es nicht verstehen, daß Eisenhower, Dulles und andere, trotz ihrer großen Unzufriedenheit mit der britisch-französischen «Gewaltanwendung», durchaus nicht die Absicht hatten, sich auf die Seite Rußlands und seiner arabischen Schützlinge zu stellen. Die Amerikaner ließen ja sofort keinen Zweifel darüber, daß sie im Interesse des gesamten Westens sowohl die neutralen, als die prowestlichen Asiaten von einem Bruch mit dem Westen abhalten wollten. Ohne eine im Sinne der Vereinigten Nationen «korrekte» Haltung Washingtons hätten die Engländer und Franzosen — nach amerikanischer Überzeugung — nicht nur den Mittleren Osten den Russen auf dem Präsentierteller geboten.

Jedenfalls wollen die Amerikaner ihr gegenwärtiges Prestige im Mittleren Osten vor allem dazu ausnützen, den dort durch Moskaus Drohungen und Angebote von «Freiwilligen» sehr gefährlich gewordenen russischen Einfluß zu verdrängen. In seiner Einstellung zum Bagdad-Pakt hat ja Amerika die Identität seiner Interessen mit denen Großbritanniens neuerdings bewiesen. Die NATO-Konferenz in Paris war um so mehr eine Demonstration der andauernden vollen Solidarität der Westmächte gegenüber Rußland. Daher ist jeglicher Antiamerikanismus sinnlos. Die antiamerikanische Psychose, an der bisher die Mehrheit der Sozialisten zu leiden schien, hat nun einen großen Teil der Konservativen erfaßt, während die radikale Linke, mit Bevan an der Spitze, den Stammesbrüdern jenseits des Ozeans zufrieden ist. Tragisch ist das ja nicht zu nehmen, da sich keine britische Regierung irgendwelchen antiamerikanischen Luxus erlauben kann. Eden hat sich in dieser Beziehung zu viel zugemutet. Wenn nun Eisenhower ohne Zaudern die Führung des Westens im Kampfe gegen den roten Antichristen übernimmt, wird die angelsächsische Allianz trotz allem nicht geschwächt, sondern gestärkt aus dieser von Rußland mit schadenfroher Übertreibung eingeschätzten Krise hervorgehen. Auch Nasser mag die Zerschmetterung seines allarabischen Traumes erleben.

Die britischen Versuche, die Intervention in Ägypten zu rechtfertigen, verdienen jedoch eine unvoreingenommene Einschätzung. Freilich wäre es klüger gewesen, mit der Intervention bis nach der Überschreitung des Kanals durch die Israeli zu warten. Auch wäre die Lage heute eine ganz andere, wenn die Landung der Fallschirmjäger sofort nach Ablauf des Ultimatums erfolgt wäre. Israel schlug viel früher los als man in Paris erwartete. Zu große Vorsicht und Besorgnis um mögliche Verluste sind da der Führung in den Arm gefallen. Doch keine militärischen Nachrichten hätten die überwältigende Zurschaustellung der Unmengen des an Nasser gelieferten russischen Kriegsmaterials überbieten können. Es ist heute wohl fraglos, daß England und Frankreich eine Erdrückung Israels verhindert haben, obgleich nun die Russen anscheinend das gleiche von Syrien aus versuchen wollen. Auch hat Großbritannien nicht nur ein mittelbares Verdienst am Zustandekommen einer Wehrmacht der Vereinigten Nationen. Der britische Vertreter in Lake Success begründete die Intervention am Kanal mit dem Mangel einer solchen Wehrmacht und machte die Zurückziehung der verbündeten Truppen von ihrer Ablösung durch eine solche Wehrmacht abhängig. Das darf die Welt, bei jeglichem Versuche, Edens durchaus verantwortungsbewußten Mut zu verurteilen, nicht übersehen.

Es ist noch zu früh, um feststellen zu können, wie weit Eden, in der Erwägung aller Pro und Kontra, vor seiner Einwilligung zum Vorschlag der französischen Regierung, falsch gerechnet hat. Die Fähigkeit der Israeli, allein mit Nasser fertig zu werden, hat er gewiß unterschätzt. Nassers Verteidigungsmöglichkeiten hat er überschätzt. Er hielt wohl Amerika als zu stark mit den Wahlen beschäftigt, um entscheidend eingreifen zu wollen. Ganz falsch war jedenfalls seine Meinung von der Einstellung der Opposition. Er überschätzte den Einfluß der Sozialisten jüdischer Herkunft, die Sympathien der Partei für den sozialistischen Ben Gurion und die Solidarität zwischen französischen und britischen Sozialisten. Er unterschätzte die doktrinäre Rücksichtslosigkeit des Parteiführers Gaitskell, der trotz allen Vorurteilen seiner Freunde gegen den «Hitler am Nil» genau wußte, daß deren Mehrzahl die von ihm besser vorausgesehenen ernsten wirtschaftlichen Folgen der Intervention parteipolitisch zur Erzwingung von Neuwahlen ausnützen wollte.

Doch Eden scheint keinerlei Absicht zu haben, zurückzutreten. Die Regierung war ja mit ihm solidarisch und die konservative Partei sieht in ihren überbrückbaren Meinungsverschiedenheiten keinen Grund zum Selbstmord. Falls sich Eden in Jamaika genügend von seiner zu lange vernachlässigten Übermüdung erholt hat, mag er noch lange am Ruder bleiben, trotz allen Versuchen der Opposition, ihm dies zu verleidern. Dank der erneuten Solidarität mit Amerika kann er nun auch viele seiner Ziele auf anderem Wege erreichen.

Großbritannien steht bei Ungarn

Keines der vielen Verbrechen der Sowjetunion hat in England eine derartige Empörung hervorgerufen, wie die grauenhafte und mordlustige Niederwerfung des ungarischen Aufstandes. Zum zweiten Male seit 1848 hat eine russische Armee einen ungarischen Freiheitskampf erdrosselt. England teilt durchaus die ohnmächtige Wut aller westlichen Länder über die blutige Vergewaltigung des ritterlichen ungarischen Volkes. Alle parlamentarischen Parteien waren einig in der Verurteilung der russischen Greuelstaten. Der Aufruf des Lord-Majors von London, anlässlich eines Banketts zu Ehren des Ministerpräsidenten, zu Spenden für Flüchtlinge aus Ungarn, hatte einen überwältigenden Erfolg. Im allgemeinen Wettstreit der westlichen Völker in der Hilfeleistung für die Opfer der russischen Barbarei tat England sein Möglichstes, um sich von niemandem, womöglich nicht einmal von der Schweiz, übertreffen zu lassen. Tausende von Engländern haben den Flüchtlingen Gastfreundschaft und Arbeit angeboten. Regierung und Volk haben gewiß alles getan, um den Flüchtlingen ihr Exil so leicht als nur menschenmöglich zu gestalten.

Am bittersten empfanden die Engländer das Gefühl der Ohnmacht. In einem Augenblick schien es ja, als ob die Russen allen Ernstes Großbritannien mit allen Schrecken eines atomischen Krieges bedrohen wollten. Die Alarmierung der Welt im Zeichen einer angeblichen Weltkriegsgefahr war freilich übertrieben. Eisenhowers und General Gruenthers scharfe Warnung an die Russen genügte, um auch das Gerede von «Freiwilligen» für den Mittleren Osten zum Schweigen zu bringen. Aber Ungarn flehte vergebens um Hilfe gegen die russischen Panzer. Gegenüber diesem Hilferuf war der Westen ratlos. Anlässlich einer Massenversammlung in der Albert Hall, in Anwesenheit der ersten nach England gebrachten Abteilung ungarischer Freiheitskämpfer (mit ihrer zerschossenen, blutbefleckten Fahne), versuchten Redner auf Redner eine Antwort auf den ungarischen Hilferuf zu finden. Alle waren sich darüber einig, daß mit Almosen allein der Sache Ungarns nicht gedient werden könne. Stürmischer Beifall begrüßte die Ausführungen des greisen Führers der Liberalen, Clement Davies, als er den Abbruch aller diplomatischen, wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen mit den russischen Tyrannen verlangte. Geringer war der Eindruck der Rede der radikalen Sozialistin Jennie Lee (der Frau Bevans), die zwar das russische Vorgehen «gegen das wehrlose ungarische Volk» auf das Schärfste verurteilte, aber nur in der Ausnützung «der inneren Streitigkeiten im Kreml» einen Ausweg aus der Not suchte. Viel größeren Anklang fanden die auf fester christlicher Überzeugung vom Endsiege der Gerechtigkeit beruhenden Worte des Erzbischofs von Canterbury, der die größte Bedeutung der ungarischen Tragödie vor aller Welt in der Entlarvung der Rolle der Kommunisten als «Sklaven und Agenten Satans» sieht. Großen Beifall fanden auch die Anregungen des ungarischen Journalisten Lederer, der dem Generalsekretär der Vereinigten Nationen, Hammarskjöld, vorwarf, die ungarischen Lakaien der Russen um Zulassung von Beobachtern anzuflehen, statt einfach die in Budapest akkreditierten Diplomaten zu Berichterstattern für die freie Welt zu bestimmen. Ähnlich verliefen auch die anderen Kundgebungen zu Ehren der Ungarn. Die mutigste von allen war gewiß die Rede Kenneth de Courcys, des bekannten Herausgebers und Schriftleiters von «Intelligence Digest», der bei einer von ihm veranstalteten großen Versammlung in Westminster Central Hall vor der Forderung eines Ultimatums an Rußland nicht zurückschreckte, mit der Begründung, daß die Russen zu sehr auf die Schwäche des Westens vertrautten. Während die offiziellen Konservativen in der Beurteilung der Möglichkeiten, die Russen zur Vernunft zu bringen, natürlich zurückhaltender sind, verlangte Gaitskell im Namen der Sozialisten von den Vereinigten Nationen entschiedene Maßnahmen gegen die russische Vergewaltigung Ungarns. Präzisiert hat er dies freilich nicht. Alle hoffen natürlich — contra spem — auf eine Revolution — in Rußland selbst!

Leider ist die ungarische Tragödie auch zu einem parteipolitischen Zankapfel zwi-

schen Regierung und Opposition geworden. Die Sozialisten beschuldigen Eden und seine Minister, daß sie durch die Invasion Ägyptens den Russen das Blutbad in Ungarn erleichtert hätten. Gewiß war für Moskau die Suez-Affäre ein willkommener Rauchvorhang zur Verschleierung der Greueltaten der Roten Armee, vor allem vor den Augen der Asiaten. Im übrigen hatte natürlich die britisch-französische Intervention in Ägypten nicht den geringsten Einfluß auf die russische Politik in Ungarn. Es ist ganz falsch, anzunehmen, daß sich die Russen eventuell mit Nagy ebenso abgefunden hätten wie mit Gomulka in Polen. Nagy ging über die von Suslow in Moskau öffentlich verkündeten Grenzen des zulässigen «Titoismus» weit hinaus. Er wollte das (Warschauer) Bündnis mit Rußland kündigen, freie Wahlen ausschreiben und «bürgerliche Parteien», vor allem die Bauernpartei (die «kleinen Landwirte») an der Regierung teilnehmen lassen. Was wäre Gomulka passiert, wenn er den von ihm seinerzeit zur Flucht gezwungenen Mikolajczyk zur Bildung einer Koalitionsregierung in einem neutralen Polen eingeladen haben würde? Darüber hegt hier wohl jetzt niemand den geringsten Zweifel.

Die führende Rolle der ungarischen Arbeiterschaft im nationalen Aufstand hat hier nicht nur, wie in allen anderen Ländern, einen ungeheuren Einfluß auf die ganze politische Einstellung der Sozialisten, die ja die größten Illusionen über die angebliche Friedensliebe und Fortschrittlichkeit der Herrscher in Moskau hegten. Sie ist vor allem ein zerschmetternder Schlag gegen die Demagogie der Kommunisten. Die kommunistische Partei Englands war zwar nie stark und ist in den letzten Jahren sehr zusammengeschrumpft. Aber sie hatte verhältnismäßig großen Einfluß auf mehrere Gewerkschaften, dank schlauer Infiltration in ihre führenden Stellungen. Nun verlangen die Arbeiter überall den Rücktritt ihrer kommunistischen Gewerkschaftssekretäre. Für diese bildete der Fall des Budapester Korrespondenten des Parteiorgans «Daily Worker», Peter Fryer, den größten Skandal. Seine wahrheitsgetreuen Schilderungen des Leidensweges der Arbeiter Ungarn wurden von der Schriftleitung abgelehnt. Fryer veröffentlichte daraufhin seine Berichte auf eigene Faust und sorgte für deren Verbreitung unter den «Genossen». Die bisher politisch sehr extremistischen Hafenarbeiter verlangten daraufhin den Boykott aller russischen Handelsschiffe.

Die ungarische Tragödie entfachte aufs neue die Sympathien der Briten für die anderen, von Rußland unterjochten Nationen. Bei den obenerwähnten Massenversammlungen waren Exilvertreter dieser Nationen Ehrengäste und deren nationale Farben waren neben den ungarischen zu sehen. Die Presse wies wiederholt darauf hin, daß die Stimmungen, welche in Ungarn die Explosion bewirkt hatten, in allen anderen unterjochten Staaten, vor allem in dem Ungarn traditionell so nahestehenden Polen, ebenso stark sind. Hätte die ungarische Revolution gesiegt, so hätte sie sich wie ein Lauffeuer über alle unterdrückten Brudervölker ausgebreitet und Mitteleuropa wäre heute frei und in der während des Krieges von seinen Exilregierungen in London geplanten Föderation vereinigt.

Großbritannien bekennt sich zu Europa

Das Problem der eventuellen Beteiligung Großbritanniens an einer westeuropäischen Zollunion hat in letzter Zeit bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Alle parlamentarischen Parteien bekennen sich jetzt zu diesen Grundprinzipien der Liberalen. Auf der Regierungsbank ist Thorneycroft der begeistertste Anhänger des europäischen Freihandels, und er hat den Schatzkanzler Macmillan von der Notwendigkeit überzeugt, die auf der Konferenz von Messina beschlossenen Pläne der sechs kontinentalen Mächte zu unterstützen. Unter den Sozialisten waren es die jüngeren Berater Gaitskells, welche ihren Hauptwirtschaftsberater Wilson mit sich rissen. Macmillan hat im Unterhaus erklärt, daß sich die Verhandlungen wohl noch über das nächste Jahr hinausziehen würden, aber ein Vertrag bereits in Sicht sei, wenn auch noch in gewisser Ferne. Der Vertrag würde den Abbau der europäischen Zollschränke im Laufe von etwa 10 Jahren vor-

sehen, und zwar planmäßig und schrittweise. Dadurch würde den verschiedenen Industrien genügend Zeit geboten werden, um sich den neuen Bedingungen anzupassen. schwerer wird sich der Abbau der gegenwärtigen Einfuhrquoten gestalten, wenigstens so lange die Frage der durch die verschiedenen Währungen bedingten Zahlungsprobleme nicht international gelöst wird. Außer «strategischen Gütern», deren Behandlung von politisch-militärischen Gesichtspunkten abhängt und im Augenblick nicht vorauszusehen ist, will England landwirtschaftliche Produkte nicht dem freien Handel ausliefern, nicht nur, um die ohnehin subventionierte britische Landwirtschaft zu schützen, sondern auch, um die gegenwärtigen und gegenseitigen Handelsprivilegien der Mitglieder des Commonwealth zu erhalten, die sich ja hauptsächlich auf landwirtschaftliche Produkte beziehen. Aus diesem Grunde würden Tabak und Getränke auch von der Zollunion ausgenommen werden.

Die jetzt so positive Einstellung Englands gegenüber der Idee eines in einer Zollunion geeinten Europas ist ein außerordentlicher Fortschritt, im Vergleich zu der bisherigen kühl-abwartenden Haltung der verschiedenen Londoner Nachkriegsregierungen gegenüber allen Projekten einer europäischen Integration, trotz Churchills anfänglicher Begeisterung für eine Europäische Wehrgemeinschaft. Freilich waren es zwingende wirtschaftliche Gründe, welche diesen Umschwung herbeigeführt haben. Die britische Industrie, die, infolge der immer mehr fühlbaren deutschen Konkurrenz, schon seit längerer Zeit mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen hat, würde im Falle einer europäischen Zollunion ohne Großbritannien mit dem Verluste des kontinentaleuropäischen Marktes rechnen müssen. Dagegen hätte die bewährte, traditionsreiche britische Industrie innerhalb einer europäischen Zollunion ähnliche Vorteile wie die amerikanische, die ihren großartigen Aufschwung doch in großem Maße der Zollfreiheit innerhalb eines halben Kontinents zu danken hat. Jedenfalls bejubeln alle liberalen Blätter Englands, wie der «Economist», diesen Sieg ihrer Ideen über die bisherigen Dogmen des traditionellen Protektionismus.

Adam Romer

Bericht aus Polen

Die Auswirkungen des polnischen Umschwungs

Das politische Geschehen in Polen kurz vor dem Ausklang des alten Jahres zeigt, daß der Oktober-Umschwung in der Spurze des Warschauer Regimes tiefere Wirkungen hatte, als man es ursprünglich in den obersten Partei- und Regierungsinstanzen annahm. Am wenigsten ist diese Bewegung in der Außenpolitik festzustellen; ein Beweis dafür, daß Gomulka die engen Grenzen erkannt hat, die ihm die Moskauer Deklaration vom 18. November 1956 über die polnisch-sowjetischen Beziehungen in dieser Hinsicht auferlegt hat. Dabei sind zwei Probleme von besonderer Bedeutung: einmal die Frage der sowjetrussischen militärischen Präsenz im Lande an der Weichsel und zum anderen die Haltung Warschaus zu der Ungarn-Krise.

Die polnischen Unterhändler, die Mitte November mit den Sowjetführern in Moskau über die Neuregelung der polnisch-russischen Beziehungen verhandelten, haben offensichtlich die Grenzen des Möglichen gleich erkannt. Aus Berichten von unterrichteten Kreisen geht hervor, daß sowohl die sowjetischen Politiker wie auch die russischen Militärführer (an den Gesprächen nahmen Marschall Schukow und der Generalstabschef des Oberkommandos der Armeen des Warschauer Paktes, Armeegeneral Antonow,

teil) den Polen in aller Deutlichkeit erklärt haben sollen, daß sie unter keinen Umständen auf die militärpolitischen Interessen in dem westlichen Vorfeld des «sozialistischen Lagers» verzichten würden. Sie nannten in erster Linie hierfür die sowjetrussischen militärischen Gesichtspunkte, die sich aus der Okkupation Deutschlands und der Existenz der DDR ergeben. Polen sei in diesem Fall das Hinterland für die Sowjettruppen in Ostdeutschland, und dieser Umstand ließe sich vorläufig nicht ändern. Dabei bleibt die Frage ungeklärt, inwieweit Gomulka eine andere Möglichkeit ernsthaft in Erwägung gezogen hat. Es gibt Hypothesen, die nicht ganz unwahrscheinlich klingen und denen zufolge der neue polnische Parteiführer die deutsche Gefahr für die Sicherheit der polnischen Westgrenze entlang der Oder und Neiße sehr ernst beurteilt und in der Sowjetunion eine Schutzmacht für die Unveränderlichkeit der territorialen Integrität Polens sieht.

Die Haltung zu Ungarn

Polen ist der einzige volksdemokratische Staat, der eine andere Linie zu den Ereignissen in Ungarn als die Sowjetunion und mit ihr alle Ostblockstaaten einnimmt. Obwohl die polnischen Unterhändler in der Moskauer Deklaration vom 18. November die Unterstützung für das Kadar-Regime zusagten, blieb es mehr oder weniger bei der verbalen Festlegung, ohne praktische Konsequenzen. Der polnische Delegierte in den Vereinten Nationen stimmt zwar jeweils mit den Ostblockstaaten zusammen; eine andere Haltung wäre in diesem Fall kaum denkbar. Im Lande selbst, dessen Bevölkerung mehr Blut für die ungarischen verletzten Freiheitskämpfer als ganz Europa zusammen gespendet hat, hält die Welle der Begeisterung für Ungarn weiter an. Die Parteiführung und die Regierung üben offiziell Zurückhaltung, aber sogar die amtliche Propaganda verhält sich diametral anders als man dies in den Informationsorganen der anderen kommunistischen Länder und sogar der kommunistischen Parteien des Westens beobachten kann. Die polnische Presse hat nach dem 4. November, das heißt nach der zweiten ungarischen Intervention, sämtliche Korrespondenten aus Budapest abberufen und keinen mehr dorthin entsandt. Die seitdem in den polnischen Blättern und im Warschauer Rundfunk über Ungarn publizierten Berichte geben sowohl den sowjetischen, den offiziellen Budapester und den kritischen westlichen Standpunkt wieder, wobei in den Kommentaren ganz eindeutig eine skeptische Beurteilung der Politik des Kadar-Regimes zum Ausdruck kommt.

Das polnische Volk, die Arbeiter, Intellektuellen und Studenten manifestieren Tag um Tag ihre Verbundenheit mit dem kämpfenden Ungarn. Das haben die polnischen Schriftsteller Anfang Dezember bekundet, als sie ein Telegramm mit dem Ausdruck der Solidarität an die ungarischen Dichter und Schriftsteller nach Budapest sandten. Und wenn die Regierung und die Partei schweigen, so erheben die polnischen Dichter ihre Stimmen. So ist in Polen in diesen Tagen und Wochen eine ganze Ungarndichtung entstanden, die den unvergänglichen Wert des Freiheitskampfes der ungarischen Nation über den aktuellen Alltag hinaus besingt.

Zerwürfnisse mit der SED

Auf dem außenpolitischen Gebiet hat der polnische Umsturz einerseits eine weitgehende Annäherung zwischen Warschau und Belgrad gebracht, anderseits aber die Abkühlung der Beziehungen zu den anderen kommunistischen Parteien des Auslandes eingeleitet. In der ersten Phase nach dem Oktober-Umschwung war die Haltung der meisten Parteien der Satellitenstaaten und besonders stark der kommunistischen Partei Frankreichs negativ. Mit der Zeit schwenkten mehrere Parteien der Ostblockstaaten auf die nach außen hin wohlwollende Linie Moskaus ein. Eine Ausnahme bilden jedoch die ostdeutschen Kommunisten. Die SED betrachtet die polnischen Veränderungen als

eine ungeheure Belastung für den nach wie vor in ihrer Politik herrschenden stalinistischen Geist. Aus einer solchen Einstellung heraus hat die SED-Propaganda eine Politik des systematischen Verschweigens der polnischen Ereignisse eingeschlagen und dies führte zu kritischen Äußerungen in der polnischen kommunistischen Presse¹⁾. Die polnische Reaktion auf die Taktik der SED wurde durch die Berichte in der Westberliner und in der westdeutschen Presse sowie durch die Sendungen der Westberliner Rundfunkstationen in den breiten Kreisen der Öffentlichkeit in der DDR bekannt. Die SED sah sich gezwungen, eine Polemik gegen die polnischen Genossen einzuleiten und dabei scharfe Worte zu gebrauchen²⁾. Daraus entwickelte sich ein regelrechter ideologischer Streit zwischen Warschau und Ostberlin. Die SED-Presse beschuldigt die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei der Spaltungstendenzen und gefährlicher ideologischer Abweichungen, während die polnischen Blätter den ostdeutschen Kommunisten den Vorwurf machen, sie hätten keinen Mut, sich von dem Stalinismus zu lösen und die Konsequenzen aus der neuen Lage in der kommunistischen Bewegung zu ziehen³⁾. Inwieweit hinter der intransigenten Haltung der SED eine sowjetrussische Initiative steht, die sich der Ostberliner Offensive gegen Warschau bedient, läßt sich nicht nachprüfen. Daß jedoch die antipolnische Haltung der ostdeutschen KP nicht ohne die Zustimmung des Moskauer Politbüros erfolgt, ist anzunehmen.

Innenpolitische Fragen

Mit einer viel größeren Vehemenz treten die innenpolitischen Folgen des Oktober-Umschwungs auf. Hier ist zunächst auf den Ausgleich zwischen dem Staat und der katholischen Kirche hinzuweisen, der mit der Freilassung des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszynski, und der anderen 1953 verhafteten Bischöfe begann und mit dem am 8. Dezember abgeschlossenen Übereinkommen zwischen der Warschauer Regierung und der katholischen Hierarchie seinen vorläufigen Abschluß fand. Konzessionen sind zunächst von der Regierungsseite gemacht worden, die sich in erster Linie auf die Annulierung der verschiedenen antikirchlichen Maßnahmen der letzten Jahre und auf die Wiedereinführung des Religionsunterrichtes in den polnischen Schulen beziehen. Die Kirche hat formell keine neuen Verpflichtungen übernommen, aber die Verständigung mit dem Staat verpflichtet das Episkopat mindestens zu einer neutralen Haltung in den politischen Alltagsfragen. Auch das wäre ein Plus für das Gomulka-Regime, weil die gespannten Beziehungen zwischen dem Staat und der Kirche dem kommunistischen System in Polen die meisten Schwierigkeiten bereiteten. Darüber hinaus hofft man jedoch in den Regierungs- und Parteikreisen, daß die Würdenträger der katholischen Kirche auf Grund der erzielten Erfolge eine wohlwollende Haltung zu dem neuen Regime einnehmen werden.

Es vollziehen sich ferner bedeutende Veränderungen auf allen Gebieten des volksdemokratischen Systems, in erster Linie in den sogenannten Massenorganisationen, die bisher einen streng organisierten zusätzlichen Apparat der bürokratischen Beherrschung des ganzen Landes bildeten. Das führte bereits zu einer grundsätzlichen Umorientierung in der Arbeit der Gewerkschaften, die den Grad einer relativen Selb-

¹⁾ «Przeglad kulturalny» vom 1. 11. 1956: «An die Genossen aus den Bruderparteien» von Edda Werfel. ²⁾ «Neues Deutschland» vom 27. 11. 1956: «Gegen die Verfälschung des Marxismus-Leninismus und Tendenzen der Spaltung der Arbeiterbewegung. — Eine Antwort auf den Artikel ‚An die Genossen der Bruderparteien‘ von Edda Werfel» von Hermann Axen. ³⁾ «Berliner Zeitung» vom 5. 12. 1956: «Wo stehen Polens Feinde» von Dr. Wilhelm Girnus. «Junge Welt» vom 8./9. 12. 1956: «Was steht auf dem ‚Banner‘» von Joachim Herrmann. «Sztandar Młodych» vom 1./2. 12. 1956: «Die ‚Skribenten‘ Werfel und der ‚Theoretiker‘ Axen oder Wie man eine Diskussion nicht führen darf» von Wiesław Górnicki.

ständigkeit gewonnen haben, wie auch zu der Auflösung der bisherigen Einheitsorganisation der polnischen Jugend, des sogenannten «Polnischen Jugendverbandes». An Stelle einer nach dem Muster des sowjetrussischen Komsomol aufgezogenen kommunistischen Jugendorganisation tritt nun eine differenzierte Jugendbewegung, in der es neben dem marxistischen Revolutionären Jugendverband auch andere Jugendvereine, wie z. B. der Jungen Demokraten, bzw. der Bauernjugend geben wird.

Alexander Korab

Bericht aus Rumänien

Am 7. November 1956 verzichteten Rumäniens kommunistische Gewalthaber, zum ersten Male seit einem Jahrzehnt, auf das gewohnte Festzeremoniell einer Bukarester Massendemonstration unter freiem Himmel. Zum 39. Gedenktag der bolschewistischen Oktoberrevolution begnügte sich die Führung der «Rumänischen Arbeiterpartei» (RAP) mit der Teilnahme von 5000 Kaderfunktionären und linientreuen Genossen an einer Festsitzung im Saal des Vorstadtviertels «Floreasca». Vermutlich erachtete die KP-Hierarchie der Rumänischen Volksrepublik (RVR) das übliche Aufgebot von 500 000 «Werktäglichen» auf dem hauptstädtischen Stalin-Platz — drei Tage nach dem heimtückisch entfesselten Genocid von 17 sowjetischen Panzer- und Infanterie-Divisionen in der ungarischen Volksdemokratie — für allzu gewagt.

Im übrigen aber war im Spätherbst die Säuberung und Umorganisation der rumänischen Sicherheitstruppen und Polizeieinheiten gerade beendet worden. Neben bestehenden Verbänden im bessarabischen Aufmarschraum verfügt die Rote Armee in der RVR stets über zwei bis drei Elitedivisionen; streng kasernierte Sondereinheiten halten Bukarest in einem stählernen, rotarmistischen Einkreisungsring. Infolgedessen konnte und kann sich Rumäniens «Volksregime» in dem ringsum von «sozialistischen» Diktaturen eingehegten Land jederzeit Versammlungswellen der Erwerbstätigen und UTM-Jugend leisten. So etwa bot das Regime am Novemberanfang 1956 den Lohnempfängern, Pensionierten, Rentnern, Invaliden abertausendfache Gelegenheit zu «spontanen Kundgebungen» mit überschwenglichen Dankadressen und Treuegelöbnissen gegenüber dem Brotgeber Staat. Gleichzeitig mit den übrigen Satellitenregimes, vorgeblich dennoch ohne äußere Veranlassung, schütteten Regierungserlasse der RVR ein Füllhorn sozialer Versprechungen über die 17,5 Millionenbevölkerung der Volksdemokratie aus: Am 29. 10. wurden die Mindestsätze der Arbeitseinkommen, Altersrenten usw. erhöht, am 3. 11. besserte man die Kinderzulagen der niedrigbezahlten Lohnkategorien auf; bereits am 30. 11. hatte ein Erlaß die straffreie Mitnahme bis zu 150 kg Mais oder Maismehl in Verkehrsmitteln erlaubt — sofern eine Amtsbescheinigung über den gesetzmäßigen Kauf beigebracht wurde! Es bedurfte am 4. 12. der Rückkehr einer rumänischen Regierungsdelegation aus Moskau, um erneut eine wahre Versammlungswut der Bevölkerung auszulösen, die sich in kollektiven Huldigungen «brüderlicher Liebe gegenüber dem großen Bruder und Freund», dem Sowjetstaat, erging — wie es Bukarests Regierungschef Chivu Stoica bereits vorher, beim Abschiedsempfang im Kreml, richtig prophezeit hatte.

Wettbewerb «sozialistischer» Besuchsabordnungen

Seit der Monatsmitte September bis Ende November 1956 erlebten u. a. Peking, Pjöngjang, Belgrad, Budapest, Moskau den offiziellen Besuch rumänischer Partei- und Regierungsabordnungen auf höchster Ebene. Jedesmal waltete der Erste ZK-Sekretär

und «Chruschtschew Rumäniens», Gheorghe Gheorghiu-Dej, als Delegationsführer — mit Ausnahme jener entscheidenden Abmachungen im Kreml, wo merkwürdigerweise allein der dickliche und parteiergebene, aber unintelligente und stets etwas linkische Chivu Stoica verhandelte und seine Unterschrift unter die sowjetisch-rumänische Regierungserklärung setzte. Gheorghiu-Dej aber wartete, gemeinsam mit dem seit April 1952 unverändert besetzten Politbüro, die Heimkehr des bis dahin stets willfährigen Gefolgsmannes und Platzhalters in Bukarest ab.

Zuvor hatte jedoch das rumänisch-jugoslawische Schlußkommuniqué vom 27. 10. ein sehr mageres Verhandlungsergebnis zwischen Gheorghiu-Dej, Stoica und Tito-Brož in Belgrads Weißem Palast offenbart. Der damalige Besucherknäuel westkommunistischer und Satelliten-Abordnungen sowie die Weltöffentlichkeit vermerkten, daß außer längst angebahnten Vereinbarungen — wie z. B. dem Perspektivplan eines gemeinsamen, gigantischen Donaukraftwerkes im Eisernen Torpaß — zwischen Bukarest und Belgrad, offiziell keine allzuengen Bindungen vorgesehen waren. Die gegenseitige Verpflichtung zur «Nichteinmischung» ergänzte diesen Eindruck einer Abstand wahrenenden Freundschaft.

Am 21. 11., kurzfristig nach der Abreise der tschechoslowakischen KP-Delegation aus Ungarns verwüsteter Hauptstadt, nahmen Gheorghiu-Dej, Stoica und der ausgezeichnete Militärfachmann der RVR, Armeegeneral Emil Bodnăraș, Budapest und die «Arbeiter- und Bauernregierung» des ohnmächtigen Söldlings Kádár in Augenschein. Jene, dem notleidenden Nachbarland zugesagte Lieferanleihe der RVR von etwa 17,5 Mill. Dollar Warenwert ist als Geste deshalb denkwürdig, weil das helfende Rumänien wenige Tage später in Moskau ebenfalls als hilfsbedürftiger Kreditnehmer auftreten mußte.

Fragezeichen zur Moskauer Erklärung vom 3. Dezember

Das achttägige, in der sowjetisch-rumänischen Regierungserklärung vom 3. 12. ausführlich bekanntgegebene Verhandlungsergebnis sei vorweggenommen: Beide Seiten vereinbaren «eine zeitweilige Anwesenheit sowjetischer Militäreinheiten auf dem Staatsgebiet der Rumänischen Volksrepublik, in Übereinstimmung mit dem Warschauer Vertrag». Als Linsengericht für die als «zweckmäßig» beurteilte Fortdauer der sowjetischen Besatzung in der RVR handelt die rumänische Regierungsabordnung von Bulganin-Mikojan-Saburow sowjetische Weizenlieferungen von insgesamt 450 000 t bis zur Jahresmitte 1957 sowie eine Position von 60 000 t Futtergetreide für Rumäniens bedrohte Ernährungswirtschaft ein. Die UdSSR verspricht der RVR weiterhin Ausrüstungen für die Erdölverarbeitende und chemische Industrie; sie sollen gegen entsprechende Veredlungsexporte der RVR in die Sowjetunion gestundet werden. Die 1957—1959 fälligen Ratenzahlungen des rumänischen Schuldendienstes an die UdSSR werden ausgesetzt.

Die ersten zwei Dritteln des Communiqués sind der übereinstimmenden Auffassung der beiden Verhandlungspartner zu dem vom Kreml befürworteten außenpolitischen Konzept gewidmet. Zum Unterschied von der im Oktober veröffentlichten sowjetisch-polnischen Erklärung fehlt auch das ausdrückliche Einverständnis der Rumänischen Volksrepublik mit der bewaffneten Sowjetintervention in Ungarn nicht.

Da abschließend beide Seiten, zufolge des «umfassenden Meinungsaustausches», einander die Möglichkeit «einer fortgesetzten Festigung und Entwicklung» des sowjetisch-rumänischen Zusammenwirkens versichern, muß man fragen: Wieso wurde für die zähen Verhandlungen im Kreml nicht auch der verhandlungstüchtigere ZK-Sekretär Gheorghiu-Dej mitdelegiert? Zudem gilt Gheorghiu-Dej im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen unzweifelhaft als «erster Mann» der rumänischen Volksdemokratie. Erachteten es Moskau und Bukarest für die Beratung der Militärklausel in dieser Vereinbarung gar nicht für notwendig, z. B. das Politbüromitglied Emil Bodnăraș oder den Heeresminister Leonte Sălăjan beizuziehen?

Reste von Gomulkas Gabentisch für Stoica

Unter der Führung eines unbegabten Unterhändlers, Ministerpräsident Chivu Stoica, begab sich eine seit Oktober 1955 aufgestiegene Fachgarnitur von Wirtschaftsfachleuten nach Moskau. Wünschte etwa die eben vorherrschende Kreml-Gruppe absichtlich diese neutrale Zusammensetzung der RVR-Delegation — ohne den Rückhalt eines in den rumänischen Parteirängen besser verankerten RAP-Chefs, — um jeden Hoffnungsfaden à la Gomulka von vornherein abzuschneiden? Wollten die Stalin-Nachfolger bloße Befehlsempfänger an den Verhandlungstisch bekommen? Oder — sollten etwa Rumäniens fähigere und selbstbewußtere Altkommunisten seit dem beginnenden Freiheitssturm in Polen und Ungarn nicht mehr das gewohnte Vertrauen des «großen Bruders» genießen? Möglicherweise bewirkten die ungewissen Machtverhältnisse im Kreml-Kollektiv u. U. sogar, daß die rumänische KP-Elite unpolitische Fachleute samt Stoica entsandte, um ohne Gefährdung des eingesessenen Bukarester Führungskreises Unheilsboten hinterher mühelos abzuhalfern!

Abgesehen von derzeit unbekannten Geheimklauseln, brachten Stoica-Birlădeanu-Mănescu-Popescu aus Moskau Versprechungen, Aufschübe und Rückzahlungsbedingungen heim, die formal an den für Polens «Nationalkommunisten» im Kreml zubereiteten Gabentisch erinnern mögen. Doch von diesen, Gomulka dargebotenen Morgengaben fielen für Rumäniens «stalinistische» Satrapen nurmehr schale Reste ab. Im übrigen wurde die Verhandlungstaktik des Kremls gegenüber Rumänien *und* Polen von den Moskauer Militärstrategen diktiert.

Entspannungs-Offensive und «Entstalinisierungs»-Kulissen

Am zwölften «Befreiungstag», dem 23. August 1956, fehlte auf dem ersten Ehrenplatz der RAP-Ränge erstmals eine Parteigröße der KPdSU. Dafür wurde dem ostzonalen Vizepremier, Otto Grotewohl, die ausgesuchteste Gastfreundschaft zuteil. Der zweite Ehrengast, Ungarns überdauernder Parlamentspräsident Sándor Rónai, konnte sich am Beifall madjarisch-székelyischer Teilnehmer (Székely, ungarischer Volksstamm in Siebenbürgen) dieser Massenkundgebung erfreuen. Schließlich legten Rumäniens Parteichefs seit Jahren wieder auch vor dem Ehrenmal britischer Kriegsgefallener einen Kranz nieder. Inzwischen war es dem Bukarester Regime auch gelungen, mit Griechenland diplomatische und Handelsbeziehungen wunschgemäß zu erneuern. Im Warenverkehr mit Ägypten, der Türkei und der Deutschen Bundesrepublik erreichte der rumänische Außenhandelsumsatz bis zur Jahresmitte 1956 gegenüber 1950 prozentuelle Gipfelhöhen. Indische, syrische, indonesische Staatsbesuche trafen in Bukarest ein. Am 3.11. jedoch erfuhrn rumänisch-amerikanische Vorverhandlungen mit dem Ziel der Wiederaufnahme wechselseitiger Wirtschaftsbeziehungen ihren Abbruch. Trotzdem muß man der Geschicklichkeit in Rumäniens «Koexistenz»-Offensive Anerkennung zollen.

Innenpolitisch ließ der «Entstalinisierungs»- und «Demokratisierungs»-Eifer der RAP-Hierarchie jedwede Überzeugungskraft vermissen. Ende Mai 1956 erstickten Rumäniens Kommunistenführer zage Ansätze einer Kritik innerhalb der Schriftsteller-Union. Al. Jar, Erich Mayteny, namhafte kommunistische Literaten, wurden aus der RAP hinausgesäubert. Im Sommer 1956 schloß die Schriftsteller-Union zusätzlich über hundert Mitglieder, die ihr literarisches «Soll» nicht erfüllten, «wegen unbegründeter kultureller Untätigkeit» aus.

Der Bukarester kommunistischen Führungsgruppe drohte während des «Tauwetters» keine ernste Gefahr. Innerhalb der Altersgruppe zwischen 45 und 60 Lebensjahren sind in Rumänien wurzelechte Kommunisten kaum vorhanden. Überdies bildet die RAP heute eine aufgezwungene Versorgungsanstalt, der die Jugend fehlt. Noch bedeuten die nachwachsenden Routiniers der «Ordensburgen» für die Handvoll «alter Gardisten» keine besorgniserregende Nebenbuhlerschaft. Aber auch in Bukarest verkün-

dete die Parteispitze jenen Programmpunkt der «Entstalinisierung», der das Ostblocksystem in erster Linie keineswegs als Internationale straff gelenkter *Partei*-Organisationen offenbart: Die «Säuberung» der Geheimpolizei! Tatsächlich beruht die kommunistische Diktatur, gerade in den Satellitenstaaten, vornehmlich auf einem klaglos funktionierenden *Apparat der Geheimpolizei* und der Sicherheitsverbände. Bis Ende August 1956 glaubte man den rumänischen Machthabern vielfach, daß Sondereinheiten geheimpolizeilicher Folterknechte aufgelöst würden. Die innenministeriellen (Ministerul Afacerilor Interne) MAI-Sicherheitstruppen sollten der «Volksarmee» eingegliedert, die übelsten Sigurantza-Agenten und ein Teil von MAI-Wachabteilungen in den KZ-Lagern der RVR sogar entlassen werden.

Der Spätherbst 1956 zeigt nun, daß Stellengesuche und Unterbringung vieler, angeblich entlassener MAI-Angehöriger im Produktionsprozeß einfach der besseren Durchdringung aller Schaffensbereiche mit Spitzeln der Sigurantza diente.

Das unüberwindliche Hindernis auf dem Weg zur «Demokratisierung» einer Volksdemokratie liegt auch für die RVR nach wie vor in dem staatswirtschaftlichen Plan- system. Besonders heute haben die erbarmungslosen «sozialistischen» Methoden der Vergeudung und Selbstausbeutung bei den verelendeten «Werktägigen» Staatsdiebstahl, Normenbetrug, Schwarzhandel, Korruption als existenzsichernde Verteidigungswaffen entwickelt. Bis Ende 1956 hat sich innerhalb Jahresfrist die Anzahl der Kolchosen und landwirtschaftlichen «Arbeitsgenossenschaften» aller Enteignungsstufen auf insgesamt 10 000 verdoppelt. Über den «Erfolg» der Verstaatlichung von Bauernland mußte sich Ende November der Premier des Regimes, Chivu Stoica, als Bittsteller um Weizen für die «Getreidekammer» Rumänien mit den Kreml-Herren unterhalten.

Ein «Eckpfeiler» des Sowjetimperiums im Donauraum?

Der schweigende Widerstand der Bevölkerung in der stillsten Volksdemokratie hat neue Hoffnung im Aufflammen des ungarischen Freiheitskampfes gewonnen. Ein sehr selbstbewußter rumänischer Volksstamm in Mittel-Siebenbürgen, die Motzengebiete, ist tatsächlich «partisanenverseucht». Zwar hat die Ausrüstung der «Volksarmee» den Verarmungsprozeß in dem Kleinstaat ungemein beschleunigt. Acht Jahre Drill, Polterziehung, «sozialistische» Offiziersauslese für die Viertelmillion Militär- und Polizeikräfte befähigen nun diesen «stählernen Schild» der Volksdemokratie offenbar noch immer nicht, allein und selbständig Ordnung und Sicherheit der RVR in Friedenszeiten zu gewährleisten. Werden diese rumänischen Streitkräfte im Konfliktfall sich für die Sowjetdiktatur bereitwillig aufopfern?

Der Rumäne ist der Kosmopolit unter den Staatsvölkern des Balkan-Donauraumes. Seltsamerweise tragen seit Jahr und Tag sogar rumänische KP-Führer von Moskaus Gnaden den «nationalistischen» Virus in ihrem sowjetisch geschulten Bewußtsein. Ja selbst Ana Pauker wurde 1952 wegen «nationalistischer Abweichung» zugunsten der rumänischen Unabhängigkeit abgesetzt! Auch hat der ungarische Freiheitskampf nirgendwo im «sozialistischen Lager» eine so von Herzen kommende, brüderliche Verbundenheit geweckt, wie gerade im Rumänenvolk, das vielfach als «Erbfeind» des Madjarentums gilt. Ebenso muß die RAP-Führung mit dem verstärkten Widerstand der 1,6 Mill. Madjaren und Székely in einem «moskautreuen» Rumänien rechnen (12% der Bevölkerung).

Dieses Wunder: blindergebene Internationalisten der RVR zu nationalgesinnten Staatsbürgern zu machen, nachbarlichen Streit unter völkischen «Erbfeinden» in Eintracht zu wandeln — die Zwingherrschaft der kommunistischen Moskowiter hat es vollbracht. Das plumpe Rezept sowjetischer Besatzungspolitik in Ostmitteleuropa dürfte auf die Dauer den Verlust dieser Faustpfänder nicht verhindern, sondern hervorrufen. Diese Hoffnung äußerte ein Bukarester Freund nach dem Moskauer Diktat vom 3. Dezember 1956 und sagte: «Allein mit Panzern kann man ein Reich nicht halten!»

Querschnitt durch neue Wirtschafts-Zeitschriften

Konjunktur

Das Interesse der Wirtschafts-Zeitschriften an der Entwicklung der *konjunkturrellen Lage* war auch in der Berichtsperiode recht lebhaft. Der Zweifel in die Durchschlagskraft finanzpolitischer Mittel zur Steuerung und Dämpfung der Produktion, der uns schon in unserem «Querschnitt» vom letzten Oktober anhand eines Artikels von Volkmar Muthesius: «Konjunktur-Ketzereien» (Maiheft der Frankfurter «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen») begegnet war, hat sich inzwischen merklich verstärkt. So betont *Finanz und Wirtschaft* vom 7. 9. 1956, daß einer Zinsratenerhöhung als Werkzeug zur Bekämpfung der Inflation eine Reihe von Nachteilen anhaftet; das gleiche Presseorgan macht am 2. 10. 1956 auf die schädlichen Wirkungen der sonstigen künstlichen Geldverknappung aufmerksam. Die Wiener *Industrie* (8. 9. 1956) gibt auszugsweise einen Aufsatz von Dr. G. Winterberger (Zürich) aus der *Neuen Zürcher Zeitung*: «Finanzpolitik und Konjunktur» wieder; der Verfasser verweist darin auf die Gefahren, die mit einer konjunkturgerechten Finanz- und Steuerpolitik verbunden sind, vor allem auf die Gefahr, daß die potentiellen Möglichkeiten einer Produktionssteigerung im Hinblick auf die als zu hoch empfundenen Steuern nicht voll ausgeschöpft werden. Indessen ist das Urteil der Wirtschaftspresse über Konjunkturverlauf und Krisenabwehr auch heute noch nicht einheitlich. Der Leitartikel: «Ist die herrschende Hochkonjunktur stabil?» in *Finanz und Wirtschaft* vom 31. 8. 1956 ist noch auf einen optimistischen Ton gestimmt. Die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung*, Nr. 37 vom 14. 9. 1956, beschäftigt sich kritisch mit einer Artikelserie des Professors Eduard Kellenberger: «Inflation und Hochkonjunktur, einmal anders gesehen» im «Bund» und legt den Nachdruck darauf, daß sich die Lohn-Preisspirale den ihr bisher aufgedrückten Zügeln zu entwinden droht. Der bekannte deutsche Wirtschaftspolitiker Professor Fritz Baade (Kiel) untersucht in Heft 9 der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* (September 1956) «die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik»; sie ist nach seiner Meinung soweit vorgedrungen, daß ein ständiger Aufstieg des Sozialproduktes gesichert wäre, wenn die politischen Voraussetzungen für die Befolgung der wissenschaftlichen Erkenntnisse auch gegeben seien. Dr. h. c. Carl Koechlin hat an der 85. Delegierten-Versammlung des Schweiz. Handels- und Industrievereins eine Präsidialansprache: «Hochkonjunktur, Lohn und Arbeitszeit» gehalten, die in der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* vom 21. 9. 1956 abgedruckt worden ist. Der Redner weist warnend darauf hin, daß sich in Dingen der Sozialpolitik parteitaktische Tendenzen die Oberhand zu gewinnen anschicken; die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft müsse auf diese Weise in Mitleidenschaft gezogen werden. Die im Genfer Verlag der Universum Press, Wyler & Co. erscheinende Monatsschrift für Politik, Industrie und Handel *Die Wirtschaft* empfiehlt in ihrer Oktobernummer 1956 eine «Auftauung» des seit 20 Jahren stationär gebliebenen schweizerischen Diskontsatzes von $1\frac{1}{2}\%$ nach oben zur Inflationsbekämpfung und Konjunkturdämpfung. Die *Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik* (Frankfurt a. M.) vom Oktober 1956 veröffentlichen eine interessante Arbeit des Berner Professors Dr. Alfred Amonn: «Die Irrlehre vom Inflations-Fatum»; der Autor bezeichnet die Goldwährung und eine freie Beweglichkeit der Wechselkurse als einzige Bollwerke gegen die permanente Inflation.

Innerstaatliche Wirtschaftspolitik

Auch sonst ist auf dem Gebiete der *innerstaatlichen Wirtschaftspolitik und -lage* über einige bemerkenswerte Verlautbarungen der Wirtschaftspresse zu berichten. Zunächst sei hier auf drei umfangreichere Arbeiten hingewiesen: das *Bulletin* Nr. 3 des *Schweizerischen*

rischen Bankvereins vom September 1956 beschäftigt sich mit den «Strukturwandlungen der schweizerischen Volkswirtschaft» in den letzten Dezennien; die vom Volkswirtschaftsdepartement herausgegebene *Volkswirtschaft*, Heft 10, Oktober 1956, wird mit einer Darstellung des Eidgenössischen Statistischen Amtes vom «Volkseinkommen der Schweiz im Jahre 1955» eingeleitet, und in der *Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* (September 1956) findet man eine Skizze von Dr. Franz Lütfi (St. Gallen) über «Die volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz». Der dem Referenten hier zur Verfügung stehende Raum verbietet es, den Inhalt dieser Abhandlungen im einzelnen zu verfolgen; an den Themen interessierten Lesern kann das Studium empfohlen werden.

Einen Vergleich der deutschen und internationalen *Preise und Löhne* in den letzten 5 Jahren zieht *Der (deutsche) Arbeitgeber* in seiner Ausgabe vom 20. 9. 1956. Der *Monat* (Oktober 1956) des *Schweizerischen Bankvereins* wartet wie üblich mit einer kurvenmäßigen Wiedergabe des Landesindexes für die Konsumentenpreise auf. Die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* vom 19. 10. 1956 kommentiert zu Beginn des Blattes die Konferenz vom 16. 10., die Bundesrat Dr. Holenstein mit den Spartenverbänden der Arbeitgeber und -nehmer über Preis- und Lohnprobleme abgehalten hatte. — In *Steuerfragen* betont *Finanz und Wirtschaft* am 4. 9. und 9. 10. 1956 die Revisionsbedürftigkeit der kantonalen Kapitalgewinnsteuer. Im *Monat* (September 1956) unterzieht der Schweizerische Bankverein das Erbschaftssteuerabkommen der Schweiz mit Großbritannien vom 12. 6. 1956 einer Würdigung. Endlich lesen wir in der *Steuer-Revue*, September 1956, eine eingehende Darstellung mit dem Titel: «Um die Neuordnung der Bundesfinanzen». — Zu den Problemen der *Arbeitszeit* sei nur auf eine in Nr. 37 vom 14. 9. 1956 der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* gekürzt wiedergegebene Ansprache des Delegierten des Verwaltungsrates in der Bally Schuhfabriken-AG., *E. von Waldkirch*, über die 44-Stunden-Woche und ihre Wirkungen auf die heimische Volkswirtschaft sowie auf einen Bericht aus Bonn: «Der lange Weg zur kurzen Arbeitswoche» im Oktoberheft der *Wirtschaft* aufmerksam gemacht. — Die Kommission für Konjunkturbeobachtung widmet in einer Beilage zur *Volkswirtschaft* vom August 1956 der *Wirtschaftssituation* in der Welt und der Schweiz während des 2. Quartals 1956 eine sorgfältige Untersuchung; ihr entnimmt die *Neue Zürcher Zeitung* vom 29. 8. 1956 (Nr. 2388) die wesentlichsten Momente.

Internationale Wirtschaftspolitik

Bezüglich der *internationalen Wirtschaftspolitik* können wir uns auf die Materie der Integration beschränken. Der Wirksamkeit der Europäischen Zahlungsunion und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit vermag die Wirtschaftspresse in der Berichtsperiode keine wichtigeren Argumente zu entnehmen. Zu dem für die Schweiz recht aktuellen Thema des GATT werden unsere Leser einen speziellen Beitrag in einer der nächsten Ausgaben der «Schweizer Monatshefte» finden. Der heutige «Querschnitt» wird durch Wirtschafts-Zeitschriften gezogen, deren Inhalt die ökonomischen Folgen der jüngsten politischen Ereignisse auf dem Balkan und im Vorderen Orient noch nicht widerspiegelt. Dagegen sind die Geschehnisse um die *europäische Integration*, das Projekt des «gemeinsamen Marktes» innerhalb der Montanunion und die Anregung des britischen Schatzkanzlers, eine europäische «Freihandelszone» zu etablieren, in der Berichtsperiode von den Presseorganen mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht worden. So behandelt die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* vom 31. 8. und 7. 9. 1956 die europäischen Probleme bezüglich der Gewinnung von Atomenergie, *La Suisse Horlogère* vom 30. 8. 1956 die Aussichten der ökonomischen Zusammenarbeit auf unserem Kontinent in Anlehnung an einen darüber informierenden Vortrag des schon im letzten «Querschnitt» zitierten Ministers Dr. Gérard Bauer. In Heft 10 der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* vom Oktober 1956 stellt *Iwas Brzozowsky* mit Befriedigung (indes, wie wir heute

wissen, ein wenig voreilig) fest, daß die verschüttet gewesene «Besinnung auf Europa» sich wieder zu regen beginnt. *La Suisse Horlogère* vom 11. 10. 1956, die (Wiener) *Industrie* vom 13. 10. 1956 unter der Schlagzeile: «London will den Anschluß nicht verpassen» und in der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* vom 26. 10. 1956 Fürsprech *Hs. Steffen* (Zürich) widmen ihre Zeilen den Vorzügen in der Schaffung einer europäischen Freihandelszone. Die gleiche *Industrie* vom 6. 10. 1956 ermahnt die österreichische Wirtschaft, die Annäherung an die von neuen Impulsen erfüllte Integration nicht zu «verschlafen».

Amerikanische Wirtschaftspolitik

Aus dem Bereich der *amerikanischen Wirtschaftspolitik* jüngster Zeit ist für die Schweiz neben der leidigen Materie der Uhrenzölle vor allem die Gestaltung der Preise und der Konjunktur sowie die Hilfe an unterentwickelte Länder bedeutungsvoll. Die Besorgnis der Schweizer Uhrenindustrie vor neuen schädlichen Manipulationen der amerikanischen Zollverwaltung zur Beschränkung des Importes ihrer Erzeugnisse in den USA ist auch in den letzten Monaten nicht geringer geworden. *La Suisse Horlogère* bringt am 18. 10. 1956 die Interpellation Rosset im Nationalrat und am 25. 10. die Antwort des Vorstehers des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements über die *Verzollung von Uhren und Uhrenteilen in den USA* mit ihrem Wortlaut. Bundesrat *Holenstein* versicherte dem Interpellanten, daß der Bundesrat die Angelegenheit mit der größten Aufmerksamkeit verfolge und entschlossen sei, die bedrohten Interessen der Uhrenindustrie und damit zugleich der nationalen Volkswirtschaft mit allen zu Gebote stehenden Kräften zu wahren. — In dem amerikanischen Monatsmagazin *Challenge* von August/September 1956 wird ein Aufsatz von *Egon Kaskeline*: «Economic Aid: Soviet Style» Interesse finden; der Verfasser gibt der Ansicht Ausdruck, daß das *wirtschaftliche Hilfsprogramm* der Sowjets vor allem in den nichtkommunistischen Staaten Asiens wirkungsvoller arbeite als die entsprechende, jedoch viel kostspieligere Methode der USA. — Den *Wirtschaftsnotizen* der *Schweizerischen Bankgesellschaft* vom September 1956 sei entnommen, daß sich der Lebenshaltungskosten-Index in Amerika in der Zeit zwischen 1953 und Juli 1956 nur von 114,4 auf 117,0 (1947—1949 = 100) erhöht hat. Dr. *Melchior Palyi* (Chicago) verbreitet sich in der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* vom 19. 10. 1956 über «*Zinssätze und Preise in den USA*». Mit Besorgnis verzeichnet *Finanz und Wirtschaft* am 19. 10. 1956 einen Stillstand in der Kursentwicklung an der New Yorker Börse und konstatiert am 30. 10. 1956 «*Risse in der Hochkonjunktur der Vereinigten Staaten*».

Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zu Nachbarländern

Was die *ökonomischen Beziehungen der Schweiz zu ihrer Nachbarschaft* angeht, ist heute in erster Linie auf die Septemberausgabe 1956 des Organs der *Handelskammer Deutschland-Schweiz* zu verweisen, die sich mit dem schweizerischen Handel gegenüber *Ostdeutschland* und dem *Saargebiet* beschäftigt. Zweitens bezeichnet Professor *A. Boßhardt* (St. Gallen) in der letzten Nummer der Zeitschrift *Außenhandel* die *Deutsche Mark* als unterbewertet; er spricht sich für eine Korrektur ihrer Parität zum Zwecke der Behebung des Mangels im Gleichgewicht der westdeutschen Zahlungsbilanz aus.

Sowjetwirtschaft

Zunächst: eine gescheite Arbeit von Dr. *Peter Sager* (Bern) ist unter der Firmierung: «*Die Wirtschaftsordnung der Sowjetunion*» im September 1956 als Nr. 9 der *Wirtschaftlichen Mitteilungen* im Verlage der Zürcher *Wirtschaftsförderung* erschienen und hervor-

zuheben. Eine neuartige Deutung der Sowjetwirtschaft, nicht als das Ergebnis planmäßiger Überlegungen, sondern als Ausfluß ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, unternimmt Dr. Werner Hofmann mit einer Schrift: «Wohin steuert die Sowjetwirtschaft?», die in Nr. 9 der *Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik* lobend besprochen wird. *Challenge* von August/September 1956 führt den Stillstand in der russischen Landwirtschaft auf Differenzen zwischen den «profit-minded» Bauern und den «collective-minded» agrarischen Funktionären zurück; die unzureichende Produktion von Nahrungsmitteln sei die Achillesferse der russischen Volkswirtschaft überhaupt. Die Wirtschaftslage Ostdeutschlands im Sommer 1956 wird von den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* (September 1956) einer Prüfung unterzogen. Seitdem die Sowjetregierung auf dem 20. Kongreß der Kommunistischen Partei im Frühjahr 1956 darauf verzichtete, statistische Feststellungen als Staatsgeheimnis zu behandeln, wurde von der zuständigen Verwaltung das erste statistische Handbuch der Volkswirtschaft veröffentlicht; die (Wiener) *Industrie* vom 6. 10. 1956 entnimmt ihm bemerkenswerte Ziffern. Auch *Challenge* vom Oktober 1956 beschäftigt sich mit dem Ausbau der Industrie in Rußland; die Zeitschrift gibt der Besorgnis Raum, daß dieser Wirtschaftszweig, seit 25 Jahren stets im Vorrang gepflegt, mit seiner Produktion diejenige der USA überflügeln könne.

Sonstige wichtigere Artikel wirtschaftlicher Natur

Es hieße den für diesen «Querschnitt» zur Verfügung stehenden Platz überschreiten, wenn wir uns, wie früher, zum Abschluß mit dem Inhalt *sonstiger bemerkenswerter Aufsätze* in den Wirtschafts-Zeitschriften der Berichtsperiode genauer beschäftigen wollten. Für heute möge es genügen, den Leser auf die Titel einiger solcher Arbeiten hinzuweisen: Die *Gewerkschaftlichen Monatshefte* nennen ihre Ausgabe vom August «Europäisches Gespräch 1956» mit Beiträgen u. a. der Professoren Rüstow (Heidelberg), Kogon (Darmstadt) und Bergstraeßer (Freiburg i.Br.). Die *Revue Economique Franco-Suisse* vom Oktober 1956 ist der «Region von Lyon» gewidmet; dessen Bürgermeister Herriot hat dazu die Einführung geschrieben. Im *Vierteljahresbericht der Skandinaviska Banken* verbreitet sich Dr. Per Jacobsson über «Die wirtschaftliche Lage der westlichen Welt». Der *Plan* vom August 1956, das Organ der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung, äußert sich «Zur Zürcher Generalverkehrsplanning». In der *Wirtschaft*, September 1956, haben wir mit Gewinn den «Roman vom mittelöstlichen Öl» gelesen. Das *Bulletin* (Nr. 3 von 1956) des *Schweizerischen Bankvereins* wird durch eine inhaltreiche Darstellung «der Schwierigkeiten in der Textilindustrie» Europas und der Schweiz eingeleitet. Recht zeitgemäß endlich kommt ein Artikel in *Finanz und Wirtschaft* vom 23. 10. 1956 mit der Überschrift: «Polens Wirtschaft nach Titos Vorbild?»

Hans Posse